

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss und Anton Mahdalik betreffend „Einschränkung des Bargeldes“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 28.01.2021 zu Post 1

---

In Österreich kann man derzeit anders als in anderen EU-Staaten in unbegrenzter Höhe in bar bezahlen, während es in anderen europäischen Staaten Bargeldbeschränkungen gibt. Die strengste Regelung gibt es in Griechenland, wo Beträge jenseits der 500 Euro per Überweisung oder Karte beglichen werden müssen. Nun möchte die EU-Kommission eine Obergrenze für Barzahlungen vornehmen. Darüber hinaus hat bereits im Frühjahr 2019 die Österreichische Nationalbank und die Deutsche Bundesbank die Ausgabe von 500-Euro-Scheinen eingestellt. Gültig bleiben die Banknoten allerdings weiterhin.

Seit Einführung der Euro - Banknoten ist die Nachfrage nach Bargeld gestiegen, so dass sich die umlaufende Menge pro Kopf von 2002 - 2018 auf etwa 3.500 Euro verdreifacht hat. Erst im Zuge der Corona-Pandemie ist die Zahl der Transaktionen mit Bankomatkarten gestiegen. Allerdings bleibt die völlig anonyme Barzahlung das am öftesten genutzte Instrument, in etwa drei von fünf Konsumenten-Transaktionen wurde mit Münzen und Scheinen bezahlt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich gegen eine Einschränkung des Bargeldzahlungsverkehrs aus und fordert die Mitglieder der Bundesregierung auf, alle Maßnahmen auf europäischer Ebene zu ergreifen, um eine Obergrenze für Barzahlungen und eine weitere Einschränkung bei Euro-Scheinen zu verhindern.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.